

Jahresbericht 2010
des Verwaltungsgerichts
des Kantons Graubünden

An den Grossen Rat des Kantons Graubünden

Sehr geehrte Frau Landespräsidentin,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir beehren uns, Ihnen nachstehend im Sinne von Art. 51a Abs. 2 der Kantonsverfassung über die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtes während des Jahres 2010 Bericht zu erstatten.

I. Gerichtsorganisation

1. Personelles

Präsident:	Schmid Johann Martin, Dr. iur., von Küblis und Jenaz, in Grüşch	V
Vizepräsident:	Priuli Agostino, lic. iur., von Chur und Arvigo, in Chur	V
Richter:	Meisser Urs, Dr. iur., von Davos, in Davos Monstein	V
	Moser Jacqueline, lic. iur., von Arni und Herrliberg, in Flims	V
	Stecher Robert, lic. iur., von Sumvitg, in Chur	V
Aktuare:	Passini Hanspeter, lic. iur., von Poschiavo, in Paspels	V
	Krättli-Keller Monica, lic. iur., von Buseno, in Trimmis	TZ
	Gross Beat, lic. iur., von Tschier, in Chur	V
	Zürn Stefan, lic. iur., von Küblis, in Tagelswangen	V
Kanzleichef:	Saurer Hans-Jörg, von Sigriswil, in Chur	V
Sekretärinnen:	Sommer Silvia, von Grabs, in Chur	V
	Hartmann Margrit, von Chur und Lünen, in Chur	TZ

V = Vollamt TZ = Teilzeit

Als Substitute beschäftigte das Gericht in der ersten Jahreshälfte lic. iur. Gian Reto Bühler, Chur, und lic. iur. Fortunat Wolf, Davos Clavadel, in der zweiten Jahreshälfte lic. iur. Kirstin Künzle, Grüşch, und lic. iur. Nadine Küng, Chur. Wie üblich wurden daneben je nach Bedarf verschiedene Aktuarinnen und Aktuare ad hoc eingesetzt.

Die verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Zuständigkeiten und die Besetzung der Kammern waren wie folgt geregelt:

*1. Kammer (**Schmid**/Priuli/Steher)*

politische Rechte
Aufenthalt, Niederlassung, Bürgerrecht
Fremdenpolizei
Gewerbepolizei
Grundbuch
Grundstückwerb durch Personen im Ausland
Konzessionen
übrige Polizei
Personalrecht
Anwalts- und Notariatsrecht
Erziehung und Kultur
Strassenrecht
Submissionen, Wasserwirtschaft, öffentliche Dienste
öffentliche Sachen

*2. Kammer (**Moser**/Meisser/Priuli)*

Alters- und Hinterlassenenversicherung
Unfallversicherung
Arbeitslosenversicherung
berufliche Vorsorge
Ergänzungsleistungen, Erwerbsersatzordnung
Familienzulagen
Opferhilfe

*3. Kammer (**Steher**/Moser/Schmid)*

Invalidenversicherung
Krankenversicherung
Militärversicherung
Gesundheitswesen
Sozialhilfe
unentgeltliche Prozessführung

4. Kammer (*Priuli/Stecher/Meisser*)

Gebühren
Ersatzabgaben
Perimeter und übrige Beiträge
kantonale und kommunale Steuern
direkte Bundessteuer
Kirchensteuer
Kurtaxen und Tourismusförderungsabgabe
Enteignung
amtliche Schätzung
Katastrophenhilfe, Feuerwehr, Zivilschutz

5. Kammer (*Meisser/Schmid/Moser*)

Bauen ausserhalb der Bauzonen (BAB)
Baurecht
Natur-, Heimat- und Denkmalschutz
Ortsplanung
Umwelt- und Gewässerschutz
Waldrecht
Gebäude- und Elementarschaden
Landwirtschaft

2. Verwaltungsrechtspflege

Die Arbeitsbelastung des Verwaltungsgerichts ist in den vergangenen Jahren erstaunlich konstant geblieben. Seit dem Jahr 2005 sind jeweils rund 500 Eingänge pro Jahr und rund 500 Erledigungen zu verzeichnen. Selbst innerhalb der einzelnen Rechtsgebiete haben sich während dieser Zeitspanne keine nennenswerten Verschiebungen ergeben. Offensichtlich haben die unterschiedlichen wirtschaftlichen und konjunkturellen Verhältnisse keinen Einfluss gehabt auf die Anzahl der verwaltungsgerichtlichen Rechtsstreitigkeiten.

3. Administration

Die Vorbereitungen für den elektronischen Rechtsverkehr haben gezeigt, dass die immer wichtiger werdenden IT-Aspekte, inklusive Erarbeitung eines Justizportals innerhalb des bereits übernommenen offiziellen GR-Portals und neue, verbesserte Lösung für die Volltextsuche, für die Zukunft die Anstellung eines gemeinsamen IT-Gerichtsspezialisten sowohl erforderlich als auch unumgänglich machen.

Die gestützt auf Art. 21 des kantonalen Enteignungsgesetzes einverlangten Jahresberichte der kantonalen Enteignungskommissionen I – VIII wurden zur Kenntnis genommen und haben ergeben, dass 4 Fälle aus dem Vorjahr 2009 übernommen wurden und im Verlaufe des Berichtsjahres 5 weitere Fälle dazukamen, sodass insgesamt bei 5 erledigten Fällen noch 4 auf das Folgejahr 2011 übertragen wurden.

4. Praxis des Verwaltungsgerichtes (PVG)

Der Jahrgang 2009 ist im Berichtsjahr programmgemäss erschienen. Der Jahrgang 2010 steht in Bearbeitung und wird in der ersten Hälfte des Jahres 2011 veröffentlicht werden.

Für die Rechtsprechung wird auf die ausführliche Berichterstattung verwiesen.

Rund 90 % der Urteile wurden fortlaufend auf der Homepage des Gerichtes anonymisiert veröffentlicht und gleichzeitig in die dort jederzeit zugängliche Entscheidungssammlung integriert.

5. Sitzungstätigkeit

- Das Gericht trat zur Beratung der Fälle zu 63 (Vorjahr 57) Sitzungen zusammen und führte 51 (Vorjahr 47) Augenscheine durch.
- Im Berichtsjahr wurden 2 (Vorjahr 4) Referentenaudienzen, 4 (Vorjahr 4) mündliche Verhandlungen und 18 (Vorjahr 35) Zeugeneinvernahmen durchgeführt.
- Das Gericht hat in Fünfer-Besetzung entschieden: 13 Fälle (Vorjahr 19) gemäss zwingender Vorschrift, 1 Fall (Vorjahr 7) auf Anordnung des Vorsitzenden.
- In einzelrichterlicher Kompetenz wurden 24 Fälle (Vorjahr 39) entschieden.

II. Rechtsprechung

Über die Geschäftsentwicklung im Jahre 2010 und die Art der Geschäftserledigung informiert die nachstehende tabellarische Gesamtübersicht:

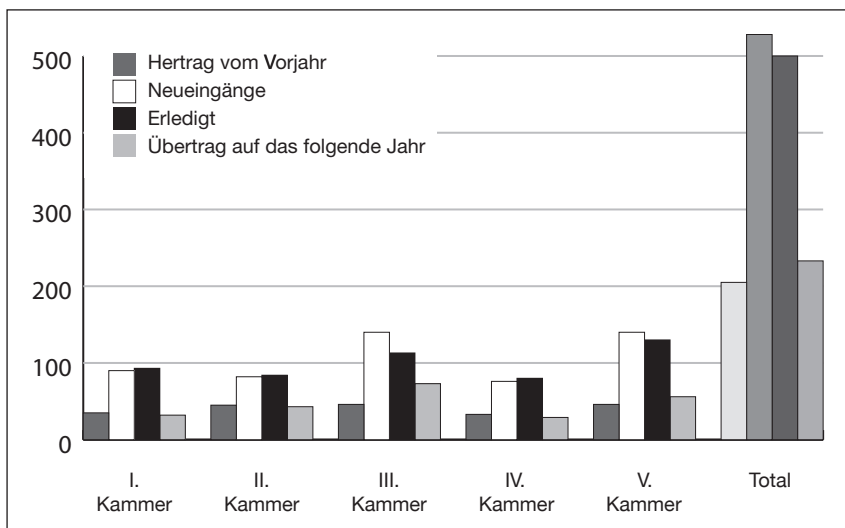
Geschäftsübersicht

A. Verwaltungsgericht

1. Gesamtübersicht

Kammern	I	II	III	IV	V	Total
Hertrag vom Vorjahr	35	45	46	33	46	205
Neueingänge [506 + 22*]	90	82	140	76	140	528
Total	125	127	186	109	186	733
Hievon erledigt	93	84	113	80	130	500
Übertrag auf das folgende Jahr	32	43	73	29	56	233

*) = Wiedererwägungen, Erläuterungen, 2. Beratungen nach BG-Urteilen



Von den 233 auf das Jahr 2011 übertragenen Fällen stammen 209 aus dem Jahre 2010, 24 Fälle aus dem Jahre 2009 oder früher, nämlich:

Jahr	Anzahl Fälle	Grund
2006	1	Strafverfahren Ende November abgeschlossen, Verfahren wieder aufgenommen
2007	1	entschieden, kurz vor Mitteilung
2008	4	von BG retour, kurz vor zweiter Beratung
2009	6 5 2 2 1 2	entschieden, kurz vor Mitteilung aufwändige Beweiserhebung, kurz vor Beratung sistiert, Revision Ortsplanung sistiert, Gutachten ausstehend sistiert, laufende Vergleichsverhandlungen von BG retour, weitere Beweiserhebungen
Total	24 (Vorjahr 12)	

2. Art der Erledigung

Kammern	I	II	III	IV	V	Total
Gutgeheissen	10	16	28	7	8	69
Teilweise gutgeheissen	2	7	8	3	6	26
Abgewiesen	51	42	37	39	64	236
Nicht eingetreten	7	1	5	0	1	14
Erledigt durch Präsidialentscheid	23	11	29	28	46	137
Diverse*	0	7	6	3	2	18
Total	93	84	113	80	130	500

*) = Kostenentscheide, Überweisungen, Feststellung Vorsorge-Guthaben

B. Weiterzüge an das Bundesgericht

(in Klammern Vorjahr)

	Bundesgericht (Lausanne)		Bundesgericht (Luzern)		Total	
Pendent am 1. 1. 2010	14	(21)	6	(11)	20	(32)
Weiterzüge	32	(35)	24	(33)	56	(68)
	46	(56)	30	(44)	76	(100)
Hievon erledigt	33	(42)	21	(38)	54	(80)
Pendent am 31. 12. 2010	13	(14)	9	(6)	22	(20)
Art der Erledigung						
Gutgeheissen	7	(5)	7	(9)	14	(14)
Teilweise gutgeheissen	1	(2)	0	(2)	1	(4)
Abgewiesen	15	(21)	12	(15)	27	(36)
Nicht eingetreten	7	(11)	2	(11)	9	(22)
Rückzug/ Abschreibungen	3	(3)	0	(1)	3	(4)
Total	33	(42)	21	(38)	54	(80)

C. Dauer des Verfahrens

Über die Dauer der Verfahren vor Verwaltungsgericht vom Eingang des Rechtsmittels bis zur Mitteilung des Entscheides gibt die nachstehende Tabelle Aufschluss:

Dauer der Verfahren	Fälle	(Vorjahr)
bis 3 Monate	179	(204)
3 bis 6 Monate	169	(157)
6 bis 12 Monate	136	(108)
12 Monate und länger	16	(21)
Total	500	(490)

D. Kosten des Verfahrens

Über die Kosten der Verwaltungsgerichtsbarkeit informiert die nachstehende Zusammenstellung:

Entscheide	500
Einnahmen aus Staatsgebühren*	Fr. 456 683.95
Einnahmen für Kanzleiauslagen**	Fr. 52 058.00
Gesamteinnahmen	Fr. 508 741.95
Durchschnitt pro Urteil (500)	Fr. 1 017.50

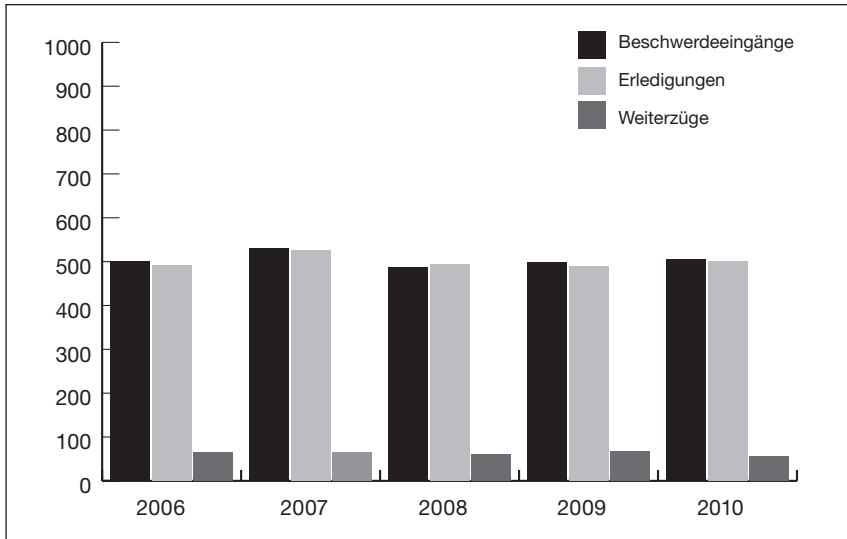
Der Gesamtaufwand der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Höhe von Fr. 3 021 730.75 wurde mit Einnahmen von Fr. 518 792.25, d. h. zu 17.2 % gedeckt.

* In den meisten Sozialversicherungsfällen und einigen weiteren Rechtsgebieten können keine Gebühren erhoben werden.

** Gemäss Gebührenordnung für das Verwaltungsgericht (Staatsgebühr Fr. 100.– bis Fr. 20 000.–, in Sonderfällen bis 100 000.–, und Ausfertigungsgebühr von Fr. 16.– je Originalseite).

E. Mehrjähriger Vergleich

Jahre	2006	2007	2008	2009	2010
Eingänge	500	531	487	499	506
Erledigungen	491	525	494	490	500
Weiterzüge	65	66	61	68	56
Sitzungstage	60	59½	65	57	63
Augenscheine	75	56	55	47	51



III. Einzel-Übersicht

Die nachstehende Tabelle informiert in allen interessierenden Einheiten über den Geschäftsverlauf im Berichtsjahre 2010:

	Gut- heissung	teilweise Gutheis- sung	Abwei- sung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	Diverse *)	Total
Abgaberecht							
Anschlussgebühren	1	-	2	-	2	-	5
Benutzungsgebühren	-	-	2	-	2	-	4
Gebühren übriges	-	-	1	-	2	-	3
Ersatzabgabe	2	-	3	-	1	-	6
Perimeter und übrige Beiträge	1	2	7	-	4	-	14
Nachlass- und Erbschaftssteuer	-	-	1	-	-	-	1
Einkommenssteuer	2	1	6	-	2	-	11
Sondersteuern	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenssteuer	-	-	-	-	-	-	-
Grundstück- gewinnsteuer	-	-	2	-	2	-	4
Handänderungs- steuer	-	-	2	-	1	-	3
Kirchensteuer	-	-	-	-	-	-	-
Steuern der jur. Personen	-	-	2	-	1	-	3
Schenkungssteuer	-	-	1	-	2	-	3
Steuer gebrannte Wasser	-	-	-	-	-	-	-
Steuern übriges	1	-	5	-	4	-	10
Kurtaxen und Tourismusförderungs- abgabe	-	-	2	-	2	-	4
Raumordnungs- recht							
Bauen ausserhalb der Bauzonen	1	1	2	-	4	1	9
Baurecht	5	4	36	1	32	1	79
Enteignung	-	-	-	-	1	-	1
Landwirtschaft	1	-	-	-	2	-	3
Natur-, Heimat-, Denkmalschutz	-	-	-	-	-	-	-
Planung	1	1	26	-	7	3	38

	Gut- heissung	teilweise Gutheis- sung	Abwei- sung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	Diverse (*)	Total
Umwelt- und Gewässerschutzrecht	-	-	-	-	1	-	1
Waldrecht	-	-	-	-	-	-	-
Sozialversiche- rungsrecht							
Alters- / Hinterbliebe- nenversicherung	-	-	3	-	1	-	4
Arbeitslosen- versicherung	5	2	15	1	1	2	26
Berufliche Vorsorge	1	2	1	-	5	3	12
Invalidenversicherung	27	3	28	3	15	5	81
Krankenversicherung	1	1	4	-	2	1	9
Militärversicherung	-	-	-	-	-	-	-
Unfallversicherung	9	2	20	-	2	2	35
EL/EOG	-	-	3	-	2	-	5
übrige Sozial- versicherung	-	-	-	-	-	-	-
Übriges Verwal- tungs- und Verfah- rensrecht							
Submissionen	5	-	16	4	6	-	31
Fremdenpolizei	2	1	7	-	1	-	11
Gesundheitswesen	-	-	1	-	-	-	1
Gewerbepolizei	-	-	1	1	2	-	4
Konzessionen	-	-	-	-	-	-	-
übrige Polizei	-	-	1	-	-	-	1
Personalrecht	-	-	9	1	6	-	16
Anwalts- und Notariatsrecht	-	-	3	-	-	-	3
Strassenrecht	-	-	2	-	4	-	6
amtliche Schätzung	-	-	-	-	-	-	-
Opferhilfe	-	1	-	-	-	-	1
Katastrophenhilfe	-	-	-	-	-	-	-
Gebäude- und Elementarschäden	-	-	2	-	-	-	2

	Gut- heissung	teilweise Gutheis- sung	Abwei- sung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	Diverse *)	Total
Grundstückserwerb durch Personen im Ausland	-	-	-	-	1	-	1
Erziehung und Kultur	1	-	2	-	-	-	3
Aufenthalt, Niederlas- sung, Bürgerrecht	1	-	5	-	-	-	6
Sozialhilfe	1	4	4	1	6	-	16
Unentgeltliche Rechtspflege	-	-	-	1	6	-	7
Wasserwirtschaft	-	-	-	-	-	-	-
öffentliche Dienste	-	-	-	-	-	-	-
Staatshaftung	-	-	-	-	-	-	-
öffentliche Sachen	1	-	6	1	3	-	11
Übriges Verwaltungs- recht	-	1	3	-	-	-	4
Verfassungsrecht							
Abstrakte Normen- kontrolle	-	-	-	-	-	-	-
Politische Rechte	-	-	-	-	2	-	2
Autonomie	-	-	-	-	-	-	-
TOTAL	69	26	236	14	137	18	500

*) = Kostenentscheide, Überweisungen, Feststellung Vorsorge-Guthaben

IV. Kenntnisnahme Berichte Schlichtungsstelle und Schiedsgericht SVR

Das Verwaltungsgericht hat von den Jahresberichten 2010 der kantonalen Schlichtungsstelle SVR vom 6. Januar 2011 und des kantonalen Schiedsgerichtes SVR vom 10. Januar 2011 Kenntnis genommen.

Wir ersuchen Sie um Genehmigung des Rechenschaftsberichtes 2010 und versichern Sie, sehr geehrte Frau Landespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden

Der Präsident: Der Aktuar:
Dr. Joh. M. Schmid Hp. Passini